



**Antworten der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU)
und der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU)
auf die Fragen des Bündnis „Rettet die Familie“**

1. Familienarmut entgegenwirken

Was will Ihre Partei gegen die dadurch weiter verstärkte Familienarmut tun?

Antwort:

Wir können Kinder dann am besten aus Armut holen, wenn wir ihre Eltern in Arbeit bringen. CDU und CSU setzen sich für eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein, indem wir die Kinderbetreuung weiter ausbauen (24h-Kitas, Betriebs-Kitas), flexible Arbeits- und Teilzeitmodelle befördern (u.a. vollzeitnahe Teilzeit) und den Wiedereinstieg nach einer familienbedingten Pause erleichtern. Mit dem Freibetrag für Betreuung und Erziehung oder Ausbildung (BEA) sowie den zusätzlichen Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket garantieren wir Bildung und Teilhabe für jedes Kind.

2. Anerkennung elterlicher Erziehungsleistung

Wie steht Ihre Partei zu der Auffassung, ein Elterngeld sollte - um gerecht zu sein – nicht als Lohnersatz konzipiert sein, sondern grundsätzlich die Erziehungsleistung anerkennen?

Antwort:

Die Lohnersatzleistung „Elterngeld“ ist eine Anerkennung der Erziehungsleistung. Das Elterngeld schafft nach der Geburt eines Kindes den notwendigen Schonraum für einen guten Start in das gemeinsame Leben mit dem Kind. Ähnlich dem Arbeitslosengeld richtet sich die Höhe des Elterngeldes nach der Höhe des vorher bezogenen Einkommens. Es ist nicht die Aufgabe des Staates, Eltern für das Elternsein zu entlohnen, sondern Elternschaft und Familienleben zu ermöglichen. Diese Aufgabe erfüllt das Elterngeld.

3. Wahlfreiheit bei der Betreuung/Erziehung von Kleinkindern

Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass allen Eltern ein gleicher Betrag zu Gute kommt, so dass sie dann frei entscheiden können, welche Form der Kinderbetreuung sie damit finanzieren wollen?

Antwort:

Wir lehnen die Auszahlung eines Betreuungsgeldes in der von Ihnen geforderten Höhe ab. Die Bereitstellung von Kinderbetreuungsplätzen in ausreichender Zahl sowie das Betreuungsgeld in der angekündigten Höhe (100/150 Euro monatlich) geben den Familien Wahlfreiheit. Darüber hinaus haben CDU und CSU mit dem Gesetz zur Ergänzung des Betreuungsgeldes die Möglichkeiten für Eltern nochmals erweitert. Statt sich das Betreuungsgeld bar auszahlen zu lassen, können sie es ab dem 1. Januar 2014 auch zur privaten Altersvorsorge oder für ein Bildungssparen einsetzen. Wer sich für eine dieser Sparmöglichkeiten entscheidet, erhält einen zusätzlichen Bonus von 15 Euro im Monat.

Wer Familien fördern möchte, muss einen ausgewogenen Mix aus Geld, Infrastruktur und Zeit anbieten. Das ermöglichen CDU und CSU mit ihrer Familienpolitik.

4. Gleichberechtigung für ältere Mütter

Was will Ihre Partei gegen die Diskriminierung der älteren Mütter tun, die allein die Voraussetzungen dafür geschaffen haben, dass heute überhaupt Renten gezahlt werden können?

Antwort:

CDU und CSU haben die Kindererziehungszeit in der Rente eingeführt und schrittweise verbessert. Ab 2014 wollen wir für alle Mütter und Väter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, die Erziehungsleistung mit einem zusätzlichen Rentenpunkt in der Alterssicherung berücksichtigen. Das entspricht bei zwei Kindern durchschnittlich 650 Euro mehr Rente im Jahr. Diese bessere Anerkennung ist durch die gute finanzielle Situation der Rentenversicherung und vorhandenen Mitteln aus dem Zuschuss des Bundes möglich.

5. Finanzielle Gleichberechtigung von familiärer und institutioneller Pflege
Wie steht Ihre Partei zu einer finanziellen Gleichberechtigung der Pflegearten, um die Wahlfreiheit der Pflegebedürftigen zu verbessern?

Antwort:

Den Mitgliedern der eigenen Familie kommt eine besondere Verantwortung und Bedeutung bei der Pflege und Betreuung ihrer Angehörigen zu. Ihr oft aufopferungsvoller Einsatz verdient Anerkennung und Wertschätzung. Deshalb haben wir die Rahmenbedingungen für pflegende Angehörige weiter verbessert, beispielsweise durch den Anspruch auf die Hälfte des Pflegegelds während einer Kurzzeit- und Verhinderungspflege oder durch die Möglichkeit, Vorsorge- oder Rehabilitationsmaßnahmen leichter in Anspruch zu nehmen. Auch werden pflegende Angehörige für ihr eigenes Alter noch besser abgesichert, in dem bei gleichzeitiger Pflege von zwei oder mehr Pflegebedürftigen die rentenrechtlich wirksamen Zeiten zusammengezählt werden.

Die Möglichkeit für Arbeitnehmer, Familienangehörige zu Hause zu pflegen, haben wir verbessert. Heute findet über 70 Prozent der Pflege zu Hause in der Familie statt. Wir werden auch in Zukunft die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf fördern und die Bereitschaft von Unternehmen, sich an Programmen zur Vereinbarkeit von Pflege und Beruf zu beteiligen, weiter stärken.

Ebenso wollen wir die Zeiten der Pflege in der gesetzlichen Rentenversicherung besser berücksichtigen. Wer einen pflegebedürftigen nahen Angehörigen begleitet, betreut und pflegt, leistet einen großen mitmenschlichen Dienst, den wir besser anerkennen wollen.

6. Unterhaltsverpflichtung in der Ehe
Wie steht Ihre Partei dazu, bzw. wie soll sichergestellt werden, dass auch in Zukunft die Unterhaltspflicht in der Ehe steuerlich berücksichtigt wird, die auch den Sozialhaushalt erheblich belastet?

Antwort:

CDU und CSU wollen das Ehegattensplitting voll erhalten.